

Freie-Preitung.

Anzeigen

werden die Spaltenweite oder dem Raum mit 20 Pfg., solche aus Folianten 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expeditoren annehmen. Resten die Seite 60 Pfg. ...

Bezugspreis: Nr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postalischer Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., postalisch 3 M., einmonatlich 3 M., auswärts Briefporto. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 6308 des amt. Zeit.-Berz. ...

Dreimondeschriftlicher Jahrgang.

Nr. 501.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 25. Oktober

1899.

Die Harmlosen.

Nam ist der Prozeß der Harmlosen, der eine wahre Ummengung von Scham und Unrath als Tagesgespräch bestreift hat, zu Ende gebracht, so wird er voraussichtlich in Halle wieder aufleben und nochmals vor der breitesten Öffentlichkeit zur Verhandlung kommen. Der hiesige Ehrenmann Wolff, der Vorsitzende der v. Kröcher, v. Kähler und v. Schachtelner, hat sich jetzt dem Untersuchungsrichter gestellt und sieht daher einem ungeschickten gegen ihn anhängig zu machenden Kriminalprozeß entgegen. In dieser Prozeß werden voraussichtlich die drei genannten "Edlen" wieder vor dem Richter erscheinen müssen. Dieses Mal kommen sie aber nicht als Angeklagte, sondern als Zeugen und können mit dem vollen Bräutchen der Wahrheit die heilige Frage des Richters, ob sie schon vorbeistand sind, mit Nein beantworten, denn sie sind rechtlich freigesprochen worden. Da sie sind freigesprochen, obwohl es gar viele schwer verstehen werden, wie das Gericht gegen Leute, die notwendig eine lange Zeit hindurch gewöhnlich-mäßige Spieler gewesen sind und ihre ganze Lebensweise auf den Betrieb des Spiels eingerichtet hatten, einen Freispruch fällen konnte. Mit Ausnahme der erlittenen Untersuchungsmaßnahme wird sich gerichtlich keine Strafe getroffen. Wie gesagt, wird werden das nicht verstehen und dazu den Kopf schütteln, aber beachtet hat das Gericht durchaus nach der Verschärfung des Rechts gesprochen und gehandelt. Nach der Ansicht des Richters hat den Angeklagten die Gewerkschaftigkeit des Spiels nicht ohne allen Zweifel nachgewiesen werden können, und deshalb mußte auf eine non liquet erkannt werden. Die Meinungen, ob nach den Feststellungen des Gerichts nicht doch die Gewerkschaftigkeit des Spiels bewiesen ist, werden allerdings weit auseinandergehen, da das Treiben der drei Lebensmänner, die in Meiditz die Anlagebau geizt haben, sich eigentlich nur recht wenig von demjenigen unterscheiden, welches schon andere sogenannte gewerkschaftliche Glücksspieler ins Gefängnis gebracht hat. Das Verbot hat zu Gunsten der "Harmlosen" angenommen, daß sie, als sie aufspielen zu spielen, die Mittel zum Spiel gehabt haben. Ja, die Mittel zum Anfang des Spiels haben auch der "alte edeliche Senemann" und seine Gesellen gehabt, und wird zweifellos auch der jetzt seiner Prozeßführung habende Wolff gehabt haben. Aber Wolff ist schließlich nicht haben Senemann, Wolff und die anderen sogar noch über größere Mittel verfügt, als die v. Kröcher, v. Kähler usw., denn sonst wären sie wahrscheinlich nicht in die "noblen" Kreise aufgenommen worden. Was aber des weiteren die freigesprochenen "Harmlosen" noch sehr schwer belastet, ist der Umstand, daß die Höhe ihres Aufwandes weit, aber sehr weit über die Einnahmen hinausging, auf die sie regelmäßig rechnen konnten. Der Gerichtshof hat aber angenommen, daß der Wille der "Harmlosen" von vornherein nicht darauf gerichtet war, sich durch Spiel die Mittel zu diesem Aufwand zu verschaffen. Gut, das mag für den Anfang gelten! Für die spätere Zeit, als sie den Aufwand regelmäßig trieben, wie heute, die über Hunderttausende verlieren, liegt diese Annahme denn doch wohl aufrecht schwerigen Füßen. Gerade die Regelmäßigkeit ihrer äußerst luxuriösen Lebensweise belastet die "Harmlosen" auf schwerste. Was unter solchen Umständen der Unterschied zwischen ihnen und gewerkschaftlichen Glücksspielern zu suchen oder gar zu finden ist, werden viele überhaupt nicht einsehen, geschweige denn beantworten können.

Mit und der Einwirkung der Vertheiliger, daß schon das ganze Leben, in dem die "Harmlosen" leben, es ausliefere, daß sie als gewerkschaftliche Glücksspieler angesehen werden könnten! Entlastet das die jetzt freigesprochenen? Keineswegs. Es belastet im Gegenteil sie und die ganze Gesellschaft, die sie zu den ihren zählt, auf schwerste. Eine Gesellschaft, welche solche Leute duldet und in ihrem Tummel und Treiben nur etwas achtet, was so und so viele andere dieser jungen Tögebeide auch thun, ja, was mehr oder weniger alle der Ihrigen thun, zeigt einen solchen unerschrockenen Verstand, daß es wirklich hohe Zeit ist, mit ihr tabula rasa zu machen, wenn nicht die Allgemeinheit unter dieser Fährnis leiden und Schaden nehmen soll. Wenn es die Behörden des Staates daran sehen lassen, den durch den "Harmlosen"-Prozeß angelegten Fährnis der unserer Gesellschaft ganz energisch zu Leibe zu gehen, so ist es die Pflicht der Presse, nicht zu ruhen und rufen, bis sie die anderen Faktoren unserer Staatsordnung zum Vorgehen ermahnen. Der die Anlage in dem Prozeß gegen v. Kröcher und Gesellen vertretende Oberstaatsanwalt hat es ausdrücklich anerkannt, daß es die vornehmste Pflicht der Presse ist, auf wirkliche Schäden aufmerksam zu machen. Der Herr Oberstaatsanwalt soll nicht umhin dieses Wort gesprochen haben. Wenn auch bisher Staatsanwälte und Gericht der Presse häufig, fast immer das Recht der sogenannten berechtigten Interessen befristeten und gegen die Presse erkannt haben, so soll und wird das die Presse nicht abhalten, den Freiheitsdien unserer Zeit und Gesellschaft, wo sie sich auch zeigen mögen, entgegenzutreten und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, wenn sich da oder dort eine Pestbube auftritt, die sofort und ohne Zagen mit Eisen und Feuer ausgeräumt werden muß. In dieser Hinsicht ist und bleibe der Vorgesprach der anhängigen Presse: Toujours en vedette!

Deutsches Reich.

Wollschickel.

"Die Nordd. Allg. Ztg." widerspricht der Annahme einzelner Reichstage, daß der Reichsausschuss erst für 1900 den Verhandlungsgegenstand zu haben. ...

Im Ministerium des Innern einen Wandel nicht zu bedenken. Herr v. Althausen ist bereits mehrere Wochen im Amt, von einer Befähigung Reichsrichters hört man nichts. Nun ist man über die Gründe dieser sonderbaren Vorgangs gleichfalls noch wie vor im unklaren. Die einen behaupten, so wird dem "Reichsrichters" geschickten die Sache hänge mit dem Schloßplatz zusammen, die anderen mit der Meinung, Reichsrichters Teilnahme an dem bekannten Verbot der gemischten Kommission, den Märzgefallen einen Denkstein zu setzen, der hinterher an der Inhabilität scheiterte, trage die Schuld an der Sache. Wir sind in der Lage mitzutheilen, daß wahrscheinlich allein die letztere Meinung aufrecht erhalten werden kann, denn, wie wir aus authentischer Quelle hören, hat im Oktober vergangenen Jahres ein hoher, inzwischen verstorbenen Beamter (Oberpräsident v. Althausen), der der Vorherrschaft eines sehr bedeutenden Berliner Bürgervereins angehörte, die Neuherausgabe: "Reichsrichter wird überhaupt nicht befähigt, wenn er nicht zuvor eine Erklärung abgibt, die wir ihm vorzulegen". Da Herr Reichsrichter nicht erklären kann, der Magistrat werde den Schloßplatz umgestalten, da er weitere persönliche Erklärungen nicht abgeben kann, auch niemand gegen seine Version etwas einzuwenden gehabt hat, so bleibt nur eine Erklärung die explizit seine Stellungnahme zur Märzrevolution in ihrer Gänze abzugeben, so wollen, ob und wenn von Herrn Reichsrichter etwa mit dem Verlangen nach einer Erklärung betrogenen ist. Nach dem, was von Herrn Reichsrichter weiß, wird er eine Erklärung dieser oder anderer Art nicht abgeben, man hat aber auch bisher von dieser Seite nicht gehört, daß eine Erklärung verlangt worden ist. Die Sache ist vielleicht noch einmal bis zur Formulierung der Erklärung gegeben.

Wollschickel.

"Die Nordd. Allg. Ztg." meldet: Das Reichsamt des Innern arbeitet gegenwärtig eine Novelle zur Gewerbeordnung aus, betr. die Beschäftigung verarbeiteter Frauen in Fabriken.

"Die Nordd. Allg. Ztg." theilt mit, es handle sich bei dem Verleihen von Zetteln, die Patentanwärter nicht einen neuen Entwurf, sondern nur um Abänderungsanträge zu jenen, dem Bundesrathe bereits vorgelegten Entwürfe, welche die Einführung des Beschäftigungsnachweises betreffen.

Der Magistrat der Stadt Berlin bewilligt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, für die Reichsregierung in der Kellerei 20,000 M. und für die in der Kellerei 20,000 M.

In Neußau wurde am Dienstag das erste Getreidelagerhaus in Schlefien eröffnet. Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, Oberpräsident des Reichs, Regierungsrath v. Meyer, der Präsident der Eisenbahndirektion und führende des Reichslandes nahmen an der Feier theil. Der Regierungspräsident v. Richter und der Vorsitzende des Ausschusses des Reichs wurden durch königliche Aufzeichnungen geehrt. Bei dem Festessen brachte der Oberpräsident Herrschel das Hoch auf den Kaiser aus. Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein gedachte des Sonntagabend als eines Mittels zur Lösung der Landwirthe und als eines Abwehnmittels zwischen dem großen, mittleren und kleinen Grundbesitzer.

Stärke und Schule.

"Wie die Kreuzzeitung" führt, wird in diesem Jahre zusammenfassende Generalinspektion anfangs November über das kirchliche Kollektenwesen beantragt.

Der Bischof von Koblenz Dr. Hubertus Smar ist, wie bereits gemeldet wurde, gestern zum Erzbischof von Köln ernannt worden. Erzbischof Dr. Smar gilt in der katholischen Welt als ein guter Vorgesetzter und habeltüchtiger Vorkämpfer. Um die Pflicht hat er sich nie getrennt.

Dr. Smar, geboren 1835 zu Eupen, besuchte die Universitäten Bonn und München und empfing 1859 die Priesterweihe; 1864 wurde er zum außerordentlichen, 1880 zum ordentlichen Professor ernannt. 1891 wurde Smar zum Bischof von Koblenz ernannt. Dem Bevollmächtigten des Königs wurde nach dem erfolgten feierlichen Gottesdienste in Köln Mitteilung von der Wahl gemacht, worauf dieser die amtliche Genehmigung ertheilte.

Nach der Erzbischofswahl gab der Regierungspräsident Herr v. Althausen ein Festessen, an welchem die Spitzen der geistlichen und weltlichen Behörden theilnahmen. Es waren etwa hundert Einladungen ergangen. Regierungspräsident Herr v. Althausen brachte ein Hoch auf den Kaiser und auf den Erzbischof aus, das sehr warmen Dank über den Ausdruck, daß die Erzbischofse wieder einen Oberhirten habe und daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem katholischen Kirche hervor. Dompstift Verlage erwiderte ein Hoch, dank dem Regierungspräsidenten für die Lebenswichtigkeiten und Anwesenheiten, welche er dem Domkapitel erwiesen, in denen er ein gutes Vorgesetzter für die Zukunft erblickte, und brachte ein Hoch auf den Regierungspräsidenten aus.

Bewaltung und Rechtspflege.

Die Regierung hat dem Charlottenburger Magistrat die Mitteilung zugewandt, daß sie die von der Stadt Charlottenburg unentgeltlich für den Bau des Landgerichts III Berlin-Charlottenburg angebotene Grundstücksfläche am Zieglerweg acceptirt habe. Hiermit dürfte die Frage der Platzierung des neuen Landgerichts erledigt sein.

Parlamentarische.

Die württembergische Ständeversammlung ist auf den 14. November einberufen.

Parteinachrichten.

In Mannheim beschloßen die Demokraten, bei der Landtagswahl für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Soziale Angelegenheiten.

Protestische Sozialpolitik beschäftigen die hiesigen Behörden in Dresden zu treiben. Der Oberbürgermeister Vender hat eine Denkschrift zur Altersversicherung für städtische Arbeiter veranlassen, mit deren Grundgedanken sich der Magistrat bereits einverstanden erklärt hat und welche auch der

Stadtverordneten-Versammlung baldigst zugewandt wird. Es handelt sich um eine neben der staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung im Leben zu erwerbende Versicherung für die hiesigen Arbeiter, inwieweit sie ihren Dienstlohn oder ihren Verdienst nach dem Alter zu erhalten zu begünstigen, als die Grenze zwischen den unteren Beamten und den einzelnen Arbeiter kategorien nur schwer zu ziehen ist. Während er sich einer ähnlichen Forderung wie die Staatsbeamten erkeute, waren letztere bisher lediglich auf die Beiträge aus der Altersversicherung angewiesen.

Die Einführung einer Gehaltsvermehrung durch die Stadtverordnete hatte die Deputation für den hiesigen Arbeitsnachweis in Charlottenburg beschlossen. Der Magistrat von Charlottenburg hat jedoch beschlossen, den Antrag abzulehnen. ...

See und Flotte.

Laut telegraphischer Meldung ist "Ceter" am 23. Oktober in San Francisco eingetroffen und beschäftigt, am 8. November nach Honolulu in See zu gehen. ...

Der Kreuzer "Cormoran", der nach bisheriger Bestimmung nach den Philippinen abgehen sollte, ist Befehl zugewandten, vorläufig bei den Samoa-Inseln zu verbleiben.

Am Sonntagabend hat sich der Landesverband Braunschweig des deutschen Flottenvereins unter dem Vorherrsche des Staatsministers v. Dito ermöglicht konstituiert und folgende Beschlüsse an dem Vortage gefaßt: ...

Colonial.

Die Einberufung des Reichsparlamentes auf den 9. November, die früher schon angekündigt worden war, ist jetzt erfolgt. Zwei seiner Einberufung ist die Verabschiedung der Etats der Ausgaben.

Ausland.

Der Transpazifika.

Die Manöver, in die die Engländer durch die Taktik der Voren bei Glencoe gesteckt sind, ist noch immer geschlossen. Wie schon gemeldet, haben sie das Lager bei Glencoe verlassen, mit anderen Worten auszuweichen müssen, weil sie dem Ansturm der Voren nicht mehr standhalten konnten. ...

Getrennt vor trotz aller Verleumdungen über den Hiesigen Auszug des Treffens bei Glencoe, worin nach einseitigen Mitteln von den Voren und, wie es heißt, auch von den fremden Streitkräften mit großer Hartnäckigkeit gefochten wurde, ein sehr furchtbarer Tag in politischen und militärischen Kreisen. ...

Zuzuziehen hat General Jule, wie schon gemeldet, die Stellung bei Glencoe aufgegeben und ein mehr südlich liegendes Lager bezogen. Ueber die weitere Entwicklung der Dinge sagen die Engländer vollständig unklar und dementsprechend auch der Telegraph in den Händen der Voren befindet, keine Meldungen weiter vor. Immerhin kann man annehmen, daß die englische Streitmacht sich in vollen Märschen befindet und wahrscheinlich den Versuch machen wird, die von Süden anrückenden Streitkräfte der Voren zu durchbrechen, um nach Labinnich zu gelangen. ...









